

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint zwei Mal täglich, auch Sonntag früh. — Bezugspreis: 40 Pf. monatlich 1.20 M., vierteljährlich 4.20 M., Durch Träger u. and. Bezirktungen frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M., Durch die Post bezogen monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.40 M., ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 2018, 2019, 2017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., Restlandteile 1.20 M., außerhalb 25 Pf., Restlandteile 1.75 M., Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeleg 6 M., pro 1000.

Nummer 302

Donnerstag, 3. Juli 1919.

73. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Abdruckungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Einstellung des Verkehrs in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 3. Juli.

Der Eisenbahnverkehr ist heute früh 6 Uhr infolge des Ausstandes der Eisenbahner vollkommen eingestellt worden bis auf die Linien, die nach dem besetzten Gebiet führen, um Komplikationen mit der Entente zu vermeiden. Aus dem gleichen Grunde arbeitet die Hauptwerkstätte in Nied., die im besetzten Gebiete liegt. Die wichtigsten Lebensmittelgüter und die Kohle mit lebendem Vieh werden durch die Streikleitung weiter befördert.

Politische Neutralität der Gewerkschaften

Münchener, 3. Juli.

Der hier tagende Gewerkschaftskongress hat mit 445 gegen 170 Stimmen eine Resolution angenommen, welche der Generalkommission das Vertrauen des Kongresses ausspricht. Gegen eine Stimme nahm der Kongress eine von Janzon-Berlin begründete Resolution an, die das Mannheimer Abkommen mit der sozialdemokratischen Partei beseitigt und die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber politischen Parteien proklamiert.

Die Verteilung des Restes der deutschen Schiffe.

Bern, 3. Juli.

Nach Younger Blättern beschäftigt sich der inoffizielle Admiralsrat mit der Verteilung der acht deutschen Panzerkreuzer und der acht leichten Kreuzer, die Deutschland den Alliierten auszuliefern hat. England und Amerika wollen sie zerstören, und auch Japan würde sich unter gewissen Bedingungen damit einverstanden erklären; nur Frankreich verlangt die Verteilung unter die Kriegsführenden.

Das Verfahren gegen Caillaux.

40 000 Aktienstücke.

Bern, 2. Juli.

Der französische Senator Veret, Präsident der Untersuchungskommission des Obersten Gerichtshofes, hat die Voruntersuchung gegen Caillaux abgeschlossen. Das Dossier des Präsidenten umfasst 40 000 Aktienstücke. Am Samstag wurde Caillaux nach dem Palais Luxemburg gebracht, wo er das Dossier und die Anklageakten einseh.

Die Gefahr in Sachsen.

Aus Sachsen wird gemeldet, daß infolge des Streiks der Eisenbahnarbeiter verschiedene Gasanstalten des Kohlenmangels wegen unmittelbar vor der Betriebsstilllegung stehen. In Weisken werden tausende von Arbeitern noch in dieser Woche brotlos, wenn nicht die für die Fabriken nötigen Kohlen eintrifft. Die Erregung der arbeitenden Bevölkerung über den Streik ist groß.

Die Treibereien in Berlin.

Berlin, 3. Juli.

Die „Post. Stg.“ schreibt: Es wird von roborierter Seite der Versuch gemacht, die Arbeiter zu verleiten, zwar heute in die Betriebe zu gehen, aber nicht zu arbeiten. Demgegenüber wird von Regierungssseite darauf aufmerksam gemacht, daß man von dem Verantwortungs- und Pflichtgefühl des deutschen Arbeiters aufs Bestimmteste erwartet, daß er — nachdem die Regierung so große Kosten für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auf sich genommen hat — jetzt tatsächlich Arbeit in den Betrieben leistet. Bis jetzt ist von einer Sicherung der Arbeitsfreiheit nichts zu bemerken; überall findet man noch Streikposten, die die Arbeitenden von der Arbeit abhalten.

Lebensmittelraub in Hamburg.

Hamburg, 2. Juli. Eine größere Bande von Lebensmittelräubern wurde heute Nacht vom Grenzjägersbataillon 12 am Altonaer Kai festgenommen. Die Bande bestand aus 50 Mann, die eine Kleinmenge von Speck, Bohnen usw. mit sich führten. Die Vorräte wurden beschlagnahmt und die Speisstuben der Kriminalpolizei übergeben.

Rückkehr der Orienttruppen.

Berlin, 2. Juli. Nach im Reichsamt des Innern vorliegenden Nachrichten werden die Dampfer „Konstantin“ und „Christian“ mit Saloniki-Truppen in den ersten Julitagen in Deutschland erwartet. Der Rest der Truppen verbleibt nach französischer Meldung mit den Dampfern „Attila“ und „Reichs-Pasha“ Saloniki am 24. Juni.

General Hoffmanns Recht.

Berlin, 2. Juli. Vom Kriegsministerium wird mitgeteilt: Die dem General Hoffmann zugeschriebene Presseveröffentlichung ging tatsächlich nicht von ihm aus. General Hoffmann protestierte persönlich gegen die Schwachbedingungen und drückte aus, daß er bei einer Auslieferung des Kaisers nicht weiter dienen könne. Nachdem die durch die Annahme des Friedens geschaffene Lage bei den Truppen bekannt geworden war, meldete General Hoffmann ausdrücklich, daß er dem Befehlen der Vorgesetzten gehorchen werde; nur bei er, hinzuzufügen, ihn von seinem Vorgesetzten zu entbinden, falls sein Ehrenabschnitt geräumt werden müsse. Den Truppen war von dem Oberkommando sich anschließend hieran besonders eingeschärft worden, daß sie dem Märschbefehl der Regierung zu folgen hätten. Diese Auffassung entzieht, wie von Regierungsseite zu der Meldung gesagt wird, zahlreichen Presseartikeln gegen General Hoffmann den Boden. Die Regierung hat auch keinen Anlaß, einen tatkräftigen, gehoramen Führer kurz vor Abschlus der ihm anvertrauten Aufgabe zu entlassen. In der augenblicklichen Lage kann niemand unseren Offizieren den Ausdruck eines bitteren Schmerzes verzeihen. Diesen Empfindungen trägt auch die Regierung voll Rechnung, so lange die Ordnung und der Gehorsam gewahrt bleiben. Dies war tatsächlich bis heute unverändert der Fall und gereicht den Offizieren und Truppen zu hohem Lobe.

Vom Kaiser.

Amerongen, 2. Juli. Der Exkaiser trifft Vorbereitungen zu seiner Abreise. Er hat in Arnheim ein Haus gekauft. Es wurden strengste Polizeimaßnahmen zu seiner Überwachung getroffen. Der Zutritt und die Annäherung zum Schloß ist den Spaziergängern strengstens untersagt.

Die Vermögensabgabe.

In der Dienstag-Sitzung des Reichsausschusses der Nationalversammlung wurden von besonderer Seite wichtige Mitteilungen über die Einbringung des großen Vermögensabgabegesetzes gemacht. Danach soll der Entwurf der Nationalversammlung diesen Sommer nicht mehr vorgelegt werden. Der Betrag der großen Vermögensabgabe, der auf 70 bis 80 Milliarden geschätzt wird, soll vor allem dazu benutzt werden, die Schulden des Reiches zu tilgen. Die Vermögensabgabe kann hauptsächlich in Kriegsbonifikationen eingezahlt werden, soll wiederum zum Rückkauf von Kriegsanleihe verwendet werden. Man rechnet damit, daß die Vorlage frühestens im Herbst der Nationalversammlung vorgelegt werden wird.

Die Verhaftung Emonts.

Berlin, 2. Juli.

Die Verhaftung Emonts, die wegen seiner bolschewistischen Propagandatätigkeit erfolgte, wird aufrecht erhalten.

Aufhebung des Koste-Erlasses.

Von zünftlicher Seite wird mitgeteilt, daß der Koste-Erlass, der sich gegen die streikenden Eisenbahner richtete, aufgehoben worden ist. Dies ist den Streikenden am Sonntag mitgeteilt worden und fand am Montag in den Zeitungen. Aus der Erlas des Eisenbahnministers Dezer betonte diese Aufhebung.

Berlin, 2. Juli. Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Erklärung bekannt, daß das Ministerium es ablehne, in den Berliner Verkehrskreis vermittelnd einzutreten.

Neue Aufbruchgefahr in München.

Nach dem „Berl. Volksanz.“ wächte die Gährung in München so, daß mit einem neuen Aufstand gerechnet werden muß. Am Sonntag wurde ein Anschlag der Kommunisten auf die Schulafademie noch vereitelt. Die Einwohnerwehr ist ihrer Aufgabe jedenfalls nicht gewachsen.

Englische Arbeiter gegen die Streikwaffe.

Amsterdam, 1. Juli.

Ein hiesiges Presbüro meldet aus London: Der nationale Verband der Seelente und Heizer, der dem Arbeiterdreißend angehört, hat eine Entschliessung angenommen in der der Grundsat, die Streikwaffe zur Beendigung des Parlaments zu benutzen, verworfen und die Teilnahme an der zur Beendigung dieses Grundsatzes vorgeschlagenen Konferenz verweigert wird.

Kamerun und Togo.

Einigung zwischen Frankreich und England.

Amsterdam, 2. Juli.

Der „Telegraaf“ meldet aus Paris, daß die Verhandlungen zwischen Simon und Milner über Kamerun und Togo zu einer Einigung zwischen England und Frankreich geführt hätten. Die Demarkationslinie bleibe unverändert, wie sie im März 1916 festgelegt wurde. Frankreich erhalte die Hauptstadt von Togo, Lome, und vier Fünftel von Kamerun mit Duala und dem ganzen Eisenbahnen. Frankreich trete einen wichtigen Teil von Togo, dessen Einwohner Anschluss an die englische Küste suchten, an England ab.

Ratifikation des Friedensvertrags.

Berlin, 1. Juli. Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles wurde dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht: Herr Präsident! Auf die Note vom 28. Juni betreffend die Aufhebung der Blockade beziehe ich mich. Ihnen folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch das deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten haben, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsch, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, anfangs nächster Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erforderlichen Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften und der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geist, der sie zur Infolge einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimführung der deutschen Gesandten aus ihren Ländern begonnen wird. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgereicherten Hochachtung. Müller, Reichsminister des Auswärtigen.

Wiederaufnahme des Handels.

„Erforscher“ meldet, daß die kompetenten Handelskreise sich damit beschäftigen, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland in die Wege zu setzen. Das Pariser „Journal“ glaubt zu wissen, daß man den freien Handel bevorzugen wird.

Die kommenden Reichstagswahlen.

Nach einer Berliner Zeitung sollen die Wahlen für den Reichstag im Januar stattfinden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt sich, daß die Frage der Neuwahlen zum Reichstag am Montag vom Reichsausschuss zwar beläufig erwähnt worden ist, daß aber von zünftlicher Seite alle die Neuwahlen betreffenden Gerüchte als haltlose Kombinationen bezeichnet werden. Der Untersuchungsausschuss des Reichsausschusses für die Vorbereitung des Gesetzes über die Reichstagswahlen, insbesondere hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Verhältniswahlprinzips, wird seine Arbeiten bald wieder aufnehmen. Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses wird sich demnach auch auf das Wahlrecht erstrecken.

Deutsche Nationalversammlung.

Die deutsche Nationalversammlung hat gestern mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage begonnen. Präsident Lehmann teilte mit, daß der Verfassungsausschuss vorschlägt, den Berichterstatter 35 Minuten und den Parteireferenten 15 Minuten Redezeit zu gewähren. Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Hausmann (Dem.) führt als Vorsitzender des Verfassungsausschusses aus: Der Spielraum unserer Verfassungskräfte ist in unvorstellbarer Weise beschränkt. Um so wichtiger ist jetzt die Zusammenfassung zur Einheit. Das geschieht durch die Verfassung. Der Verfassungsentwurf wurde sehr gründlich durchberaten. Nicht weniger als 500 Abstimmlinien waren notwendig. Das größte Problem der Einheitsstaaten ist nicht gelöst worden. Dennoch ist auf vielen großen Gebieten die Einheit herbeigeführt. Reichseisenbahn und Reichspost, Regelung der Reichswasserstraßen und Reichswehr waren unabweisbar. Das entspricht auch dem Gefühl des Volkes, das die wirtschaftlichen und sozialen Schwerpunkte im Reich verortet wissen will. Ein verfassunggebendes Reichsgesetz soll fernere Bestimmungen über die Neugestaltung und Neubildung neuer Länder treffen. Andere Fragen, darunter das Wahlrecht, sind der Reichsregierung vorbehalten geblieben. Wird die Verfassung angenommen, dann kann sich kein Staat einer freieren Verfassung rühmen (Weißall). Die Lösung entspricht auch dem Volksgel. Das Deutsche Reich ist ein einheitlicher Volksstaat, gegründet auf der Selbstbestimmung der ganzen Nation. Das Reich ist Pfleger der Souveränität, die in dem Volke ruht. Das ist eine Freiheit, wie sie bei keinem anderen Volke zu treffen wird. Wer das leugnet, wärde lägen: Das richtige Funktionieren dieser Verfassung hängt von dem Willen der Nation ab, ob sich das Reich in Freiheit und Gerechtigkeit erneuern will. Beherrschet dieser Geist unsere Arbeit, dann wird die Verfassung unser Volk erheben.

Der erste Hauptteil enthält im ersten Abschnitt die Bestimmungen über die Gliederungen des Reichs unter der Überschrift „Reich und Länder“. Hierüber referiert Abg. Rahl (Deutsche Volksp.): Im Ausnahmefall wurde die Frage gestellt, ob der Einheitsstaat das letzte politische Ziel sein solle. Hier kamen folgende Einzelfragen in Betracht: Staatsform und Staatsgewalt, Reichs- und Ländergebiet, Reichs- und Landesgesetzgebung und endlich die Schlichtung von Streitigkeiten. Der Anschlag Deutsch-Oesterreichs ließ sich angesichts der tatsächlichen Lage nicht verwirklichen. Das Schwierigste und Wichtigste des neuen Verfassungswerkes ist die Schaffung eines gerechten Ausgleichs der staatlichen Ansprüche zwischen Staat und Ländern.

Möge sie nicht werden in dem Sinne, daß neben der Erhaltung eines friedlichen Eigenlebens der Länder eine festgesetzte Reichseinheit und eine starke Reichsgewalt geschaffen wird.

Herrn Dr. Cohn (H. Soz.) begründet den Antrag der Unabhängigen, in der Ueberschrift die Worte „Verfassung des Deutschen Reiches“ durch „Verfassung der deutschen Republik“ zu ersetzen.

Reichskommissar Dr. Preuß: Der Gedanke, daß das Deutsche Reich eine Republik ist, kommt in der Verfassung durchweg zum Ausdruck. Der Einheitsstaat ist zurzeit in Deutschland nicht herstellbar.

Herrn Dr. Blach (Dem.): Es wäre völla verfehlt, die Verhältnisse des Deutschen Reiches deshalb zu beseitigen, weil es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein Deutsches Reich nicht mehr geben soll.

Herrn Dr. Cohn (H. Soz.): Um agitatorischem Mißbrauch und Mißdeutung vorzubeugen, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen.

Bei der Beratung des Art. 1 erklärt Herr Dr. Debrück (Deutschnat.): Für uns bedeutet dieser Artikel den Abstieg von einer großen Vergangenheit.

Reichsminister Dr. David: Gegenüber dem Vorwurf des Herrn Dr. Debrück, die Verfassung trage den Charakter der Schwäche und Weichheit, stelle ich fest, daß der Art. 1 lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Herrn Dr. Cohn (H. Soz.): Ich meine, wir sollten heute nicht in den Bünden wählen, die uns die Vergangenheit geschenkt hat, sondern wir sollten uns zusammenschließen.

Herrn Dr. Heinze (D. Vp.): Da es sich jetzt darum handelt, die Republik grundsätzlich in der Staatsform festzulegen, werden wir gegen den Artikel 1 stimmen.

Artikel 2 wird dann ohne Aussprache angenommen. Es folgt die Beratung über Artikel 3, der bestimmt: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold.

Nächste Sitzung Donnerstag: Weiterberatung.

Kurze politische Nachrichten.

Die kleinen Gliedstaaten. Ein Antrag der Nationalversammlung beantragt, die Reichsregierung zu erziehen, eine Denkschrift über die Beseitigung der kleinen Gliedstaaten vorzulegen.

Zentrum und Sozialdemokratie. Nach einer Mitteilung der „Deutschnat.“ finden zur Zeit zwischen dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten Verhandlungen statt, um eine einheitliche Zielsetzung in den vom Verfassungsentwurf berührten Kirchen- und Schulfragen herbeizuführen.

Folgen des Zwischenfalls von Versailles. In Berlin, 2. Juli. Der Zustand der Frau Dornblüth, die bei der Abreise der deutschen Delegation von Versailles einen Steinwurf gegen den Hinterkopf erhalten hatte, verschlimmerte sich so, daß sie in die Nervenklinik der Charité übergeführt werden mußte.

Das neue Theaterspublikum. Ein Regensburger der Dresdner Hofoper stellt mit Bedauern fest, daß ihm in neunzehn Dienstjahren keine der von ihm an das Publikum verliehenen Operngläser entwendet wurde.

Der „Schieber“. In der neuen Bekleidungsordnung für die Reichswehr sind für Unteroffiziere an den Ärmelschnüren zwei silberne und für Offiziere glänzende silberne Schieber vorgeschrieben.

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Volkswirtschaftliche Vorträge. In seinem vierten Vortrage sprach Herr Studentrat Dr. Raurer über die Messung der Zeit.

Deutsche Reichsschule. Am 22. Juni tagte im hannoverschen Provinzial-Ständehaus die 8. Jahres-Hauptversammlung der Deutschen Reichsschule.

Ein mutiger Lebensretter. Vor einigen Tagen badete eine größere Gesellschaft im Rhein. Ein junger Mann und eine Dame, die des Schwimmens unkundig, sich zu weit hinaus gewagt hatten, gerieten in eine Tiefe und wurden von der starken Strömung mit fortgerissen.

Aus Nassau und Nachbargebieten. — Ober-Ingelheim, 2. Juli. Wegen dringenden Verdachts des Kindesmordes wurde hier die achtundzwanzigjährige ledige Margareta S. verhaftet.

* Frankfurt, 2. Juli. Unterschlagungen bei der städtischen Sparkasse. In raffiniertester Weise haben die bei der Hauptstelle der städtischen Sparkasse aus- schickweise angestellten Kaufleute Stockmann und Fischer Veruntreuungen in Höhe von 7000 M. verübt.

Vermishtes. Friedrich Soenneden 4. Aus Bonn, 2. Juli, wird gemeldet, daß Kommerzienrat Friedrich Soenneden, Vorsitzender der Bonner Handelskammer, im 71. Lebensjahre gestorben ist.

Das neue Theaterspublikum. Ein Regensburger der Dresdner Hofoper stellt mit Bedauern fest, daß ihm in neunzehn Dienstjahren keine der von ihm an das Publikum verliehenen Operngläser entwendet wurde.

Der „Schieber“. In der neuen Bekleidungsordnung für die Reichswehr sind für Unteroffiziere an den Ärmelschnüren zwei silberne und für Offiziere glänzende silberne Schieber vorgeschrieben.

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Volkswirtschaft. Börsen und Banken. Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen.

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

Der Markkurs bleibt in Jülich heftigen Schwankungen unterworfen. Nachdem sich die Notiz von ihrem Tiefstand der letzten Tage (30.—) auf 40.50 (am 27. Juni),

41.50 (28. Juni), 42.50 (30. Juni) erholt hatte, ist am 1. Juli ein übermäßiger harter Rückgang auf 39.50 erfolgt.

Landwirtschaft. W. vom Rainau, 30. Juni. Die Kornsernte kann im Rainau als beendet gelten; sie lieferte in diesem Jahre einen ganz vorzüglichen Ertrag.

Schiffs-Nachrichten. Dampfer „Gelria“ 17. Juni von Vigo, Ausreise. „Dollandia“ in Amsterdam.

Generalagenten: Passage- und Reisebüro Born u. Schottenfeld, Hotel „Kassauer Hof“, Telefon 680.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: S. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Zeit: S. S. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: I. S. Hans Hänel; für die Anzeigen: Joh. Sailer; Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitung, W. S. S. S. S.

Prof. Dr. Touton Spezialarzt für Hautkrankheiten, hält wieder an Werktagen um 11 Uhr Sprechstunde ab.

Zurückgekehrt: Dr. Schacht Ungebrauchter, gusseiserner Schmelzkessel, Durchmesser: 40 cm, Tiefe: 40 cm, billig zu verkaufen, Nikolasstr. 11, Hof links, V. 241

Beleuchtungskörper modern, grosse Auswahl, billigste Preise. Flaek, Luiseustrasse 44, Telefon 747 frei.

Prima Schmalz Mk. 8.50 je Pfund Dosenwurst: (a Kilo brutto) Leberwurst . Mk. 8.— Blutwurst . . Mk. 7.— Dosenfleisch Mk. 9.— je Kilo brutto, In sämtlichen Metzgereien erhältlich! Fleischer-Innung.

1 Waggon neue Zwiebeln ohne Schlotten Pfund 45 Pfennig, 1 Waggon Weißkraut Pfund 30 Pfennig. Im Zentner alles billiger. Hermann Knapp, Friedrichstr. 8.

Bekanntmachung betreffend das Verbot des Befahrens einzelner Straßen innerhalb der Stadt mit zwei-, drei- und vierrädrigen Kraftfahrzeugen.

- 1. die Langgasse zwischen Kirch- und Webergasse, 2. die Turmstrasse zwischen Korbbrunnen und Soalgasse, 3. die Goldgasse, 4. die Wagnersstraße, 5. die Ellenbosengasse und 6. die Hausbrunnstraße.

Am 11. Juli 1919, nachmittags 4 Uhr, werden auf dem Marktplatz in Sonneberg die in der Liste der Verkauften angelegenen Ackerkarten...

Das Amtsgericht, Abt. 9. Sonneberg. — Bekanntmachung. Nach dem Plan für die periodische Abrechnung im Landkreis Wiesbaden findet für die Gemeinde Sonneberg die Abrechnung der Mähe und Gewichte in der Zeit vom 7. bis 11. Juli in der Schlichterei zur Krone, Wiesbadenerstraße 2, vormittags von 8 bis 12 Uhr, statt.